

PRESSEMITTEILUNG

Dienstag, 17. Februar 2015

Eidgenössische Abstimmung vom 8. März 2015

HANDELSKAMMER UND GEWERBEVERBAND EMPFEHLEN DOPPELTES NEIN

Energiesteuer würde insbesondere den Werkplatz und die Berggebiete belasten.

Die beiden Wirtschaftsverbände Handelskammer Graubünden und Bündner Gewerbeverband lehnen beide Initiativen, die am 8. März zur Abstimmung kommen, ab. Die Initiative „Energie statt Mehrwertsteuer“ würde das bewährte Steuersystem auf den Kopf stellen und damit die sichere Finanzierung des Staates gefährden. Heute ist die Mehrwertsteuer die wichtigste Einnahmequelle des Bundes. Um gleich hohe Erträge zu erzielen, wären äusserst hohe Energiesteuersätze notwendig, die das energie- und klimapolitisch begründete Mass bei Weitem übersteigen. Alleine der Liter Benzin müsste um rund drei Franken teurer werden. Davon negativ betroffen wären vor allem auch die Berggebiete mit den auf Strassentransporte angewiesenen entlegenen Talschaften. Sobald die angestrebte Lenkungswirkung eintritt und die Haushalte und Unternehmen weniger nicht erneuerbare Energie konsumieren, müssten die Steuersätze stetig erhöht werden. Die Energie-Steuer würde damit insbesondere den Schweizer Werkplatz sowie den Tourismus belasten. Diese Branchen werden aber bereits durch die Frankenstärke massiv gefordert.

Bündner Gewerbeverband und Handelskammer Graubünden lehnen auch die Volksinitiative „Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen“ ab. Das Anliegen entspricht nicht dem schweizerischen Steuersystem, das grundsätzlich alle Einkommensbestandteile in die Steuerbemessung einbezieht. Ein System mit Ausnahmen ist kompliziert und führt zu höheren Steuersätzen. Die beiden Wirtschaftsverbände unterstützen ein effizientes Steuersystem mit breiter Basis und massvollen Steuersätzen. Die Steuerbefreiung von Kinder- und Ausbildungszulagen ist teuer und verteilungspolitisch wenig zielgerichtet. Die von den Initianten bezweckte verstärkte Inanspruchnahme von Prämienverbilligungen und anderen staatlichen Subventionen als Folge sinkender steuerbarer Einkommen lehnt die Wirtschaft ab.

Für weitere Auskünfte:

- Dr. iur. Marco Ettisberger, Sekretär Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden, 081 254 38 00
- Jürg Michel, Direktor Bündner Gewerbeverband, 081 257 23 03